

München, 25.08.2017

Verspätete Lebensmittelwarnungen durch bayerische Behörden

SPD-Verbraucherschützer Florian von Brunn beunruhigt über gravierende Fälle, die von Foodwatch aufgedeckt wurden

Angesichts der von Foodwatch aufgedeckten Verzögerungen bei staatlichen Lebensmittelwarnungen nimmt sich der SPD-Verbraucherschützer **Florian von Brunn** zwei beunruhigende Fälle aus Bayern vor. So wussten laut [Foodwatch-Bericht](#) bayerische Behörden frühzeitig von Glassplittern in Babynahrung, warnten aber erst drei Wochen später die Öffentlichkeit. (Foodwatch Report 2017, S. 69). In einem weiteren Fall wollte ein Hersteller von Babynahrung selbst wegen eines zu geringen Jodgehalts in seinem Produkt warnen, die zuständigen bayerischen Behörden sollen sich aber schlicht geweigert haben, diese Warnung auf dem Portal "lebensmittelwarnung.de" einzustellen (Foodwatch Report 2017 "Um Rückruf wird gebeten", S. 57).

Von Brunn ist sehr beunruhigt über diese beiden Vorfälle: „Bei Glassplittern in Babynahrung darf es doch keinerlei Verzögerungen geben! Das ist nicht zu begreifen. Und wenn ein Hersteller selbst um eine offizielle Warnung bittet, dürfen Behörden doch nicht bremsen. Das Wohl der Verbraucher muss im Mittelpunkt stehen, das haben das zuständige bayerische Ministerium von Frau Scharf und ihre Behörden immer noch nicht verstanden. Mir geht es darum, herauszufinden, was da schief gelaufen ist und wie das in Zukunft verhindert werden kann.“ Der SPD-Abgeordnete hat deshalb eine [parlamentarische Anfrage](#) an das Ministerium eingereicht, um die Vorfälle zu klären.

Von Brunn möchte auch erfahren, wie die behördlichen Abläufe bei aktuellen Lebensmittelwarnungen aussehen. „Wie schnell wurden von den zuständigen bayerischen Behörden, nachdem sie von einem Fall Kenntnis erlangt haben, im Durchschnitt eine Warnung oder ein Hinweis auf www.lebensmittelwarnung.de eingestellt? Und wie sieht es an Wochenenden oder Feiertagen aus? Gibt es für diese Meldungen einen durchgehenden Bereitschaftsdienst?“